

**N I E D E R S C H R I F T**  
**über die**  
**öffentliche Sitzung des Gemeinderates**  
**DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD**

**Tag:** Mittwoch, den 18.11.2020

**Ort:** Stadthalle

**Beginn:** 17:30 Uhr

**Ende:** 19:30 Uhr

**ANWESEND:**

**Vorsitzender**

Herr Michael Rieger

**Ehrenamtliche Mitglieder**

Herr Peter Fichter

Herr Axel Heinzmann

Frau Kirsten Heinzmann

Herr Kai Noel

Frau Beate Rodgers

Herr Dirk Schmider

Herr Marc Winzer

Herr Ernst Laufer

Herr Constantin Papst

Frau Barbara Bahsitta

Herr Guido Santalucia

Herr Hansjörg Staiger

Frau Karola Erchinger

Herr Patrick Hilpert

Herr Hans-Peter Rieckmann

ab 18.00 Uhr

Herr Fritz Weißer

Herr Dr. Jörg Zimmermann

Herr Jochen Bäsch

Herr Andre Müller

Herr Georg Wentz

**Sachkundige Einwohner**

Herr Hartmut Breithaupt  
Herr Franz Günter  
Herr Joachim Kieninger  
Herr Klaus Lauble

**Beamte, Sachverständige usw.**

Herr Giovanni Costantino  
Herr Markus Esterle  
Herr Josef Klausmann  
Herr Monitor, SAG Ulm  
Herr Alexander Tröndle

zu TOP 4

**Schriftführer**

Frau Nicole Dorer

**ABWESEND:**

**Ehrenamtliche Mitglieder**

Herr Vincenzo Sergio	entschuldigt
Herr Oliver Freischlader	entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 05.11.2020 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

## **1 Fragestunde für Einwohner**

---

### **Protokoll:**

Es gibt keine Anfragen von den Zuhörern.

## **2 Bekanntgaben, Verschiedenes**

---

### **Protokoll:**

Bürgermeister Rieger hat keine Bekanntgaben.

## **3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 21.10.2020**

---

### **Protokoll:**

- a) Der Gemeinderat hat einer Nutzungsvereinbarung mit dem Radsportverein zugestimmt.
- b) Der Gemeinderat hat der Verlängerung des Mietvertrages für die Außenbewirtschaftung am Klosterweiher zugestimmt.

## **4 Kläranlage St. Georgen-Peterzell Neuerteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis Vorlage: 130/20**

---

### **Protokoll:**

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Monitor von der SAG Ingenieur GmbH aus Ulm.

Herr Monitor führt anhand einer Präsentation aus, die wasserrechtliche Erlaubnis für die Kläranlage in Peterzell laufe zum 31.12.2020 aus. Zur Neuerteilung fordere das Landratsamt eine gewässerökologische Untersuchung zur Definition der Einleitungsbedingungen, einen Nachweis der Reinigungsleistung, eine Schwachstellenanalyse zur Beurteilung der Kläranlage sowie eine Machbarkeitsstudie zur 4. Reinigungsstufe.

Die Untersuchungen haben ergeben, dass verschiedene Maßnahmen notwendig werden, die allerdings in kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen unterteilt werden können.

Als langfristige Maßnahme nennt er die Erneuerung der Rechenanlage, da die Maschinenteknik veraltet sei, der Stababstand zu groß und die Ausführung einstraßig sei. Hier sei ein langfristiger Ersatz notwendig.

---

Ebenfalls eine langfristige Maßnahme sei die Betonsanierung am Endmesshaus und am Betriebsgebäude. Die Sanitäreinrichtung sei nicht mehr auf dem Stand der Technik.

Auch eine langfristige Maßnahme sei die Erneuerung der technischen Einrichtung im Labor sowie der Austausch der aus dem Jahr 1983 stammenden Heizungsanlage.

Eine weitere langfristige Maßnahme seien die Betonarbeiten am Treppenturm der Faulung. Der Faulturm selbst könne nicht beurteilt werden. Eine Außensanierung werde notwendig, da sich Asbestplatten lösen.

Auch als langfristige Maßnahme gelte die neue Gestaltung der Außenanlagen mit Ersatz der Plattenwege und Straßeneinläufen. Im Asphalt gebe es Risse.

Als mittelfristige Maßnahme nennt er Sanierungsarbeiten am Nachklärbecken. Hier fehle eine Absturzsicherung und es gebe offensichtliche Ausbrüche und Risse.

Ebenfalls eine mittelfristige Maßnahme seien Sanierungsarbeiten am Vorklärbecken/DN Becken. Hier gebe es augenscheinliche Betonschäden und eine veraltete Maschinenteknik.

Eine kurzfristige Maßnahme sei die Sanierung des Sandfangs. Dort gebe es augenscheinliche Betonschäden, die weiter untersucht werden sollten und die Maschinenteknik sei veraltet und sanierungsbedürftig.

Auch eine kurzfristige Maßnahme sei die Sanierung des Belebungsbeckens mit Betonschäden und maschinen- und verfahrenstechnischen Defiziten.

Ebenfalls als kurzfristige Maßnahme nennt er die Sanierung des Verteilbauwerks. Die Aufteilung sei ungleichmäßig und eine Betonsanierung erforderlich. Allerdings sei eine Außerbetriebnahme für die Sanierung unmöglich. Daher müsse die Aufteilung des Abwassers komplett neu gelöst werden.

Bei dem Primärschlamm-schacht werde eine betontechnische Sanierung erforderlich, auch das sei eine kurzfristige Maßnahme.

Eine maschinelle Überschussschlammeindickung sei bisher an der Kläranlage noch nicht vorhanden. Eine verfahrenstechnische Verbesserung wäre notwendig. Auch das sei eine kurzfristige Maßnahme.

Insgesamt solle ein Sanierungszeitraum in den nächsten zehn Jahren gesehen werden, wobei die kurzfristigen Maßnahmen in den nächsten drei Jahren erfolgen sollten. Die Gesamtsanierungskosten lägen bei 7,6 Mio. Euro.

---

Für die 4. Reinigungsstufe fordere das Landratsamt eine Machbarkeitsstudie. Es gelte die Spurenstoffelimination bei der Einleitung des Ablaufs der Kläranlage anzustreben. Es bestehe aber derzeit keine Verpflichtung zum Bau der 4. Reinigungsstufe, allerdings gebe es eine Sonderförderung von 20 % der Investitionskosten. Die 4. Reinigungsstufe solle langfristige Schädigungen der Gewässerorganismen verhindern. Für die 4. Reinigungsstufe werde ein Pumpwerk notwendig.

Herr Monitor erklärt die fünf Varianten für die Ausstattung des Pumpwerks:

- Ulmer Verfahren mit Tuchfilter
- GAK Raumfilter (granulierte Aktivkohle GAK)
- GAK Aufstromfilter
- Tuch- & GAK Aufstromfilter
- Ozon Aufstromfilter

Die Kosten liegen für die ersten vier Varianten bei gut 5 Mio. Euro, für den Ozon Aufstromfilter bei ca. 6,2 Mio. Euro.

Einer der ersten Schwerpunkte sollte laut Herrn Monitor das Belebungsbecken darstellen.

Die Umsetzung der 4. Reinigungsstufe sei nicht sofort erforderlich, für eine wasserrechtliche Genehmigung reiche die Machbarkeitsstudie.

Bürgermeister Rieger erkundigt sich, ob das Landratsamt der Stadt die Umsetzung der 4. Reinigungsstufe auferlegen könne, wenn vom Land keine Zuschussung oder Förderung erfolge.

Herr Monitor erklärt, es gebe kein Gesetz und daher könne das Landratsamt auch keine Umsetzung vorschreiben. Es gebe auch dringlichere Probleme auf der Kläranlage. Wenn sämtliche Maßnahmen umgesetzt wurden, könne man sich Gedanken über die 4. Reinigungsstufe machen.

Stadtrat Staiger erklärt, die Maßnahmen zeigten deutlich auf, wie es um die Kläranlage stehe. Es müssten jedes Jahr Mittel für Sanierungsarbeiten eingestellt werden, um die Maßnahmen abarbeiten zu können.

Stadtrat Heinzmann erkundigt sich nach den Indirekteinleitern.

Herr Monitor erklärt, diese seien über ein Kataster bekannt. Die Betriebe seien bekannt, die indirekt in den Bach einleiten. Diese müssten aber auch Abwassergebühr bezahlen.

Stadträtin Rodgers erkundigt sich nach der Maßnahme Verteilbauwerk und wie das Abwasser dann umgeleitet werden könne.

Herr Monitor führt aus, die Aufteilung der Verteilerströme müsse neu umgeleitet werden. Dies sei keine leichte Aufgabe, aber es gebe schon Möglichkeiten.

---

Bürgermeister Rieger erkundigt sich nach dem geplanten Ablauf der Maßnahmen.

Herr Monitor erklärt, die erste Maßnahme sei ja bereits für den kommenden Haushalt vorgesehen, folgen sollte die Abwasserumleitung und die Sanierung der Biologie.

Stadtrat Schmider erkundigt sich, ob es auch für die kurzfristigen Maßnahmen Förderungen gebe.

Herr Monitor erklärt, es gebe Förderrichtlinien. Es sei so, dass alles gefördert werde, was es noch nicht auf der Kläranlage gebe. Sanierungen seien aber nicht förderfähig. So müsse jede Maßnahme überprüft werden. Für die 4. Reinigungsstufe gebe es die Regelförderung und zusätzlich eine Sonderförderung.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Einreichung der wasserrechtlichen Erlaubnis wie vorgestellt zu. Daraus folgende Maßnahmen sind in den darauffolgenden Haushaltsjahren im Einzelnen zu beschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

---

## **5 Haushaltsplan für das Jahr 2021; Einbringung und 1. Beratung**

### **Protokoll:**

Bürgermeister Rieger erklärt, es sei gute Tradition, dass der Haushalt durch eine Rede des Bürgermeisters eingebracht werde. Dieser Haushalt musste unter noch nie dagewesenen Pandemiebedingungen erarbeitet werden. Das bedeute eine große Herausforderung. COVID-19 habe monatelang alles andere überschattet, die Pandemie habe das Leben und die Arbeit gravierend verändert. 145 Infizierte und auch Todesfälle beklage St. Georgen. Die Menschen waren aber bereit sich an die Regeln zu halten und dafür wolle er sich nochmals herzlich bedanken. Die Folgen von Corona werden möglicherweise noch weitreichender sein, als bisher angenommen.

Im Jahr 2008 habe er das Amt des Bürgermeisters in St. Georgen übernommen, gleich ein Jahr später musste mit den Auswirkungen der Finanzkrise gekämpft werden. Die Krise wurde gut gemeistert und zwei Jahr später zogen die Steuereinnahmen wieder deutlich an. Für 2021 sei aber noch kein Land in Sicht. Die Wirtschaft im gesamten Bundesgebiet habe einen dramatischen Einbruch erlebt, der spürbare Auswirkungen auf St. Georgen habe. Eine wichtige Einnahmequelle, die Gewerbesteuer wurde nach unten angepasst. Für das Jahr 2021 werde mit einem Einnahmeminus von

---

ca. 1,7 Mio. Euro gerechnet. Die Gewerbesteuer liege lediglich bei 4,9 Mio. Euro – üblich seien 6 bis 7 Mio. Euro. Da das Jahr 2019 ein sehr gutes Jahr war, beeinträchtigte dies die Einnahmesituation auf der Steuerseite. Dadurch müssten nun zwei Jahre später hohe Umlagen bezahlt werden und die Zuweisungen werden geringer. Die Kreisumlage belaufe sich auf 5,5 Mio. Euro. Gleichzeitig müssten steigende Kosten bzw. Aufwendungen kompensiert werden.

Auf diese wohl größte Rezession der Nachkriegsjahre haben Bund und Länder schnell mit beispiellosen Soforthilfen und Konjunkturpaketen reagiert. Auch für die Kommunen wurde ein milliardenschwerer Rettungsschirm aufgespannt. Dies brachte St. Georgen finanzielle Entlastung und es könnten Investitionen angestoßen werden, die dringend erforderlich seien.

Ob in absehbarer Zeit ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden müsse, werde sich zeigen, wenn klar sei, welche weiteren Folgen Corona bringe. Es gelte, nicht in Problemen zu denken, sondern Lösungen zu suchen. Er würde sich wünschen, dass jeder negativen Nachricht eine positive gegenübergestellt werde.

Erfreulich sei, in welchem Umfang seit Jahren in St. Georgen investiert werde. Das sei überdurchschnittlich für eine Stadt in der Größenordnung St. Georgens. Es zeige eindeutig die Attraktivität St. Georgens, die aber noch einige Hausaufgaben zu erledigen habe, um weiterhin gut aufgestellt zu sein. Dafür sei die Sicherung der Einnahmen enorm wichtig. Die gelte insbesondere für den Einkommensteueranteil und die Gewerbesteuer. Nur so sei es möglich, den Standard zu halten und vor allem nicht auf die immensen Freiwilligkeitsleistungen verzichten zu müssen. Der ungedeckte Aufwand für die kommunalen Einrichtungen belaufe sich auf 17 Mio. Euro. Viele Fragen stehen in Zusammenhang mit Corona noch im Raum, daher sei es äußerst schwierig, einen seriösen Haushalt zu planen. Es könne nicht mit rasch ansteigenden Einnahmen gerechnet werden. Weiterhin werden aber die hohen Ausgaben eingeplant werden müssen. Im Jahr 2021 werde die volle Zinsbelastung erwirtschaftet und nach altem Haushaltsrecht sei der Haushalt so genehmigungsfähig. Allerdings können die Abschreibungen nicht erwirtschaftet werden, was für einen genehmigungsfähigen Haushalt nach dem neuen Haushaltsrecht notwendig sei. So könne heute kein ausgeglichener Ergebnishaushalt vorgelegt werden. Mit entsprechenden Kalkulationen und dem Griff in die Rücklagen könne ein einigermaßen ausgeglichener Haushalt hinbekommen werden. Zu Beginn des Jahres 2021 belaufe sich der Finanzierungsmittelbestand auf über 8 Mio. Euro. Im zehnten Jahr in Folge müssten keine Kredite aufgenommen werden. Die Pro-Kopf-Verschuldung werde Ende 2021 bei 137 Euro (Durchschnitt 383 Euro) liegen. Die Zahlen werden sich in Zukunft ändern und es werden bei den anstehenden Maßnahmen auch künftige Kredite nicht ausbleiben. Die Stadt bräuchte kurz- und mittelfristig weiterhin Investitionen im Bereich Wohnen, Bildung, Klima, Digitalisierung, Wasser-Abwasser-Naturschutz sowie für den Unterhalt von Straßen. Hinzu komme der Klosterweiher, der alle noch beschäftigen werde. Vor allem in schwierigen Zeiten seien Investitionen unverzichtbar. Die Stadt müsse ihren Beitrag dafür leisten, dass die Wirtschaft wieder zu alter Stärke wachse und weiter ausbauen könne.

Für herausragende Arbeit, tolles Engagement und guten Teamgeist dankt

---

der Vorsitzende seinen Mitarbeitern. Ohne diese Leistungen würde vieles nicht so reibungslos funktionieren. Im Fall der Haushaltsplanerstellung erwähnt er, dass die Kämmererstelle noch immer nicht besetzt sei und Herr Klausmann eine große Stütze sei. Auch Herrn Staiger, der den Wirtschaftsplan für die Stadtwerke erstellt habe, spricht er seinen Dank aus. Der Entwurf enthalte nur das unbedingt Notwendige und Machbare. Unternehmen und Bürger sollten so wenig wie möglich belastet werden, aber es dürfe auch gesagt werden, dass die Hebesätze für Steuern seit vielen Jahren unverändert seien und dass hier und da noch der Anspruch herrsche, gemeindliche Einrichtungen und Leistungen dürften nichts kosten. Das Wohl einzelner stehe im Zentrum der Bemühungen. Das der Kinder, Familien und Älteren. Es gehe um das Bemühen, die Lebensqualität weiter zu optimieren und den modernen Entwicklungen anzupassen. Deshalb freue es ihn (den Vorsitzenden), dass mit der Schaffung eines Bürgerzentrums in der Stadtmitte begonnen werde. Der Rote Löwe werde vielen Menschen Perspektiven bieten und das Zusammenleben bereichern. Für diese Sanierung seien im kommenden Haushalt 1,5 Mio. Euro eingestellt, wovon rund 55 % Förderung durch das Land fließe. In der nächsten Sitzung solle der Bauantrag beschlossen werden. Weiter sei vorgesehen, im nächsten Jahr mit dem Bau der neuen Tiefgaragenzufahrt zu beginnen. Hierfür seien ebenfalls Mittel vorgesehen.

Fast 2 Mio. Euro seien im Wirtschaftsplan für die weitere Digitalisierung bzw. den Breitbandausbau vorgesehen. Ein leistungsstarkes Internet sei längst zum Standortvorteil geworden, vor allem im ländlichen Raum. Ziel sei, alle Schulen im nächsten Jahr an das Glasfasernetz anzuschließen. Kitas seien wichtig für die Kleinen, gut ausgestattete Lernorte und Aufenthaltsräume seien wichtig für die Schüler. Daher nehme dieser Bereich allein beim jährlichen Aufwand von 8,5 Mio. Euro über 30 % bei den kommunalen Einrichtungen ein.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die Abwasserbeseitigung.

Eine gute Nachricht sei, dass St. Georgen, entgegen der Prognosen, wachse. Es gelinge, wenn auch mit Aufwand, Ärzte und auch junge Menschen nach St. Georgen zu bringen. Damit steige der Bedarf an attraktiven Wohnraum. Daher sei es gut, dass Bauland ausgewiesen und zudem Vorratsflächen gesichert wurden.

Dann sei auch noch die Finanzierung der dringend notwendigen Neuschaffung des Drehleiterfahrzeugs für die Feuerwehr zu berücksichtigen. Es solle nun in die Haushaltsdebatte eingestiegen werden. Er bittet allerdings, sollten weitere Vorschläge gemacht werden, auch gleich die Finanzierung darzulegen.

Herr Klausmann nennt die Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfs. Es seien keine Steuer- und Gebührenerhöhungen eingeplant. Bei den Elternbeiträgen (Kita), Eintrittsgeldern, Gebühren usw. werde ein „normales Jahr“ geplant. Die pauschalen Ansätze für Straßen- und Gebäudeunterhaltung seien nicht gekürzt, ebenso erfolge keine Kürzung bei den Schulmitteln. Es werde keine Kreditaufnahme notwendig. Das ordentliche Ergebnis liege bei minus 1,7 Mio. Euro, somit sei der Haushalt nicht genehmigungsfähig. Das Ziel für die Zukunft müsse heißen, wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.



Die größten Abweichungen bei den Erträgen seien:

Grund- u. Gewerbesteuer	+ 171.000 €
FAG, Einkommensteuer- u. Umsatzsteueranteil, Investitionspauschale	-835.600 €
Mehreinnahmen Vergnügungssteuer, Eintrittsgelder, Elternbeiträge u.a.	+348.440 €
Kindergartenlastenausgleich	+120.000 €
Erlöse aus Holzverkauf Stadtwald	-76.000 €
Soforthilfen des Landes wg. Corona-Pandemie (entfallen 2021)	<u>-291.000 €</u>
Summe Erträge	-563.160 €

Größte Abweichungen bei den Aufwendungen:

Personalaufwand	+490.600 €
Unterhaltung v. Gebäuden, Außenanlagen, Buswartehäuschen u.a.	-116.000 €
Straßen- und Feldwegeunterhaltung – pauschaler Ansatz	+140.000 €
Gebäudebewirtschaftung	+67.600 €
Unternehmervergütungen Winterdienst	+132.000 €
Zuschüsse an Träger d. kirchlichen Kindergärten	+144.000 €
Kreis- und FAG-Umlage	+341.300 €
Sonstiges	<u>+150.000 €</u>
Summe Aufwendungen	+1.349.500 €

Im Gesamtfinanzhaushalt ergebe sich ein Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 457.940 Euro. Mit dem Finanzierungsmittelfehlbetrag in Höhe von ca. 3,5 Mio. Euro ergebe sich eine Verringerung des Finanzmittelbestandes um 3,9 Mio. Euro.

Die liquiden Eigenmittel betragen zu Jahresanfang 7,1 Mio. Euro. Durch die Verringerung des Finanzmittelbestandes um 3,9 Mio. Euro belaufe sich die Liquidität zum Jahresende auf ca. 3,2 Mio. Euro.

Folgende Investitionsmaßnahmen seien im Haushalt finanziert:

- Fertigstellung Räume im UG der Robert-Gerwig-Schule 60.000 €
- Ersatzbeschaffung LKW für den Bauhof 220.000 €
- Ersatzbeschaffung Drehleiter für die Feuerwehr, Netto 486.000 €
- Sanierung „Stadtkern V“ – Innenstadt,  
Roter Löwen, Rathaus, Netto 1.500.000 €
- Kanalsanierungen Storzenbergstr., Waldparkweg,  
Pavillonweg u.a. 579.000 €
- Straßenausbau -Waldparkweg, Neugestalt. Platz  
vor Neubau PE u.a. 562.000 €
- Erneuerung Straßenbeleuchtung in Langenschiltach 57.000 €
- Umbau Bushaltestellen zu barrierefreien Haltestellen 100.000 €

---

Nachträgliche Änderungen, die noch nicht im Plan berücksichtigt seien:

Bauhof , S. 126 Pauschale Kürzung d. Personalkosten	-100.000
Brandschutz, S.160 Einbau eines 2. Flucht- u. Rettungsweges im Feuerwehrgerätehaus St. Georgen	+80.000
Trimm-Dich-Pfad, S. 48 Verlegen von 2 Übungsstationen, notwendig durch Neubau Bike-Parcours	+5.000
Tourist-Info, S. 484- Umgestaltungsmaßnahmen. in d. Tourist-Info	+6.000
Kostenanteil am Etat HTG	<u>-47.600</u>
Summe	<u>-56.600</u>

Nicht berücksichtigt sei der Eingang von Mitteln in Höhe von 1,5 Mio. Euro vom Land für den Ausfall der Gewerbesteuer durch Corona, welche bereits ausbezahlt wurden. Dies führe zu einem höheren Kassenbestand.

Bei den Stadtwerken belaufe sich das Gesamtergebnis auf -230.000 Euro. Die Sparte Wasserversorgung mit 90.000 Euro, Photovoltaik mit 1.000 Euro, Tiefgaragen mit -81.00 Euro sowie Breitbandversorgung mit -240.000 Euro sorgen für dieses Negativergebnis.

Stadträtin Erchinger erklärt, im Verwaltungsausschuss seien ausführliche Ausführungen gemacht worden, ebenso in der Fraktionssitzung. Daher seien keine Fragen offen und es gebe auch keine weiteren Vorschläge.

Stadtrat Staiger schließt sich diesen Worten an.

Stadtrat Schmider stellt einen Antrag für die Grüne Liste im Gemeinderat. Es sei der Eindruck entstanden, dass im Bauamt der Bedarf für mehr Personal bestehe, wenn man sich die Investitionen im Haushaltsplan anschau. Daher werde die Schaffung der Stelle eines Klimaschutzmanagers beantragt. Durch Fördermöglichkeiten könne diese Stelle teilweise finanziert werden. Vom Bundesumweltministerium gebe es die Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten. Bis 31.12.2021 gebe es die Fördermöglichkeit von 75 %. Zuwendungsfähig seien u.a. Personalausgaben für 24 Monate für eine Stelle Klimaschutzmanagement. Im Anschluss für weitere 3 Jahre könnte die Stelle mit 40 % gefördert werden.

Bürgermeister Rieger erklärt, der Antrag werde aufgenommen. Intern werde derzeit das Bauamt neu organisiert. Dies werde dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung vorgestellt.

Stadtrat Fichter stellt den Antrag, den Beamer der Stadthalle, der laut Haushaltsplanentwurf erneuert werde, in der Mehrzweckhalle in Peterzell zu installieren.

Stadtrat Noel erkundigt sich nach dem Vorhaben „Mustertoilette“ im Bildungszentrum für 70.000 Euro.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, es bestehe der Sanierungsbedarf aller Toiletten im Bildungszentrum. Auf allen Etagen seien diese gleich. So werde nun eine Mustertoilette geplant, um genauere Berechnungen und

---

Ausstattungen anstellen zu können.

Stadtrat Bäsch erkundigt sich, ob die Einstellung eines Klimaschutzmanagers mit den Anforderungen des Bauamts überhaupt kompatibel und somit förderfähig sei.

Stadtrat Schmider erklärt, er könne sich vorstellen, dass die Forderungen z.B. mit dem Energiekonzept erfüllt seien und die Person auch noch im Tagesgeschäft im Bauamt mitarbeiten könne.

Bürgermeister Rieger erklärt, weitere Anträge sollten per Email an die Stadt gerichtet werden, so dass in der Sitzung am 9. Dezember 2020 der Haushalt beschlossen werden könne.

---

## 6 Anfragen aus dem Gremium

---

### Protokoll:

#### a) **Straßenbeleuchtung Bahnhofstraße**

Stadtrat Fichter erkundigt sich, bis wann die defekte Leuchte im unteren Bereich der Bahnhofstraße repariert werde.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, es handle sich um Spezialleuchten der Firma Hess, die nicht auf Lager seien. Man sei schon länger dran, bekomme aber keine Teile geliefert:

#### b) **Baumfällaktionen**

Stadträtin Heinzmann fragt an, wie die Stadt der Einführung einer Baumschutzsatzung gegenüberstehe. Es gebe Hinweise, dass größere Bäume gefällt werden sollten, die evtl. erhaltenswert seien.

Bürgermeister Rieger erklärt, in diesem Bereich sei die Stadt sehr streng unterwegs. Es gäbe immer wieder Anträge, die genau geprüft würden. Denkmalschutz usw. müsste berücksichtigt werden.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, auf städtischem Grundstück entscheide die Stadt über Fällungen. Privat dürfe jeder fällen, wie er wolle. Eine Satzung könnte dies regeln und wurde bereits auf den Weg gebracht. Dann habe Villingen-Schwenningen ihre Satzung aufgehoben und so habe auch St. Georgen davon abgesehen, dies weiter zu verfolgen.

Stadtrat Laufer ergänzt, es seien zu viele Regressansprüche bei der Stadt VS eingegangen, daher wurde die Satzung aufgehoben.

#### c) **Parksituation Schulstraße**

Stadtrat Papst spricht die neue Parksituation in der Schulstraße an. Es würde für Arbeitnehmer immer schwieriger, länger zu parken.

Nun sei die Schulstraße auch auf 1 Stunde Parkzeit reduziert.

Herr Ester erklärt, die Parkplätze würden weiterhin bestehen, die Parkbeschränkung müsse noch überprüft werden. Die sei so nicht vorgesehen gewesen.

Bürgermeister Rieger erklärt, ab nächstem Jahr sollen in der Hermann-Papst-Straße Dauerparkplätze entstehen.

d) **Breitbandausbau**

Stadtrat Heinzmann erkundigt sich nach dem Unterschriftenrücklauf für den Bereich Seebauernhöhe. Er habe das Gefühl, dass vor allem ältere Mitbürger das Anschreiben nicht verstehen und somit auch keine Rückantwort gäben. Es sollte evtl. ein Erklärungsschreiben folgen.

Bürgermeister Rieger erklärt, er habe dies bereits dem Zweckverband so mitgeteilt. Durch Corona konnten keine Infoveranstaltungen stattfinden. Der Zweckverband habe eine Videobotschaft vorgeschlagen. Allerdings werden so die älteren Mitbürger eher auch nicht erreicht.

e) **Ausbau Toter-Hund-Weg**

Ortsvorsteher Günter bedankt sich für die Bereitstellung der Mittel für den Ausbau des Toten-Hund-Weges. Die Maßnahme sei abgeschlossen. Es sei auch viel in Eigenregie erfolgt.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 26. Januar 2021